

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Zergauerstr. 8, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnorte 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil 30 Goldpf., eines Umrahmens 5 Schilling und tabellarischer Satz mit Aufschlag.

Anzeigen-Abnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 11.

Donnerstag, den 26. Januar 1928.

31. Jahrg.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Reichsernährungsminister Schiele teilte im Reichstags-Anschluß für den Monat mit, daß folgende Pläne der Reichsregierung für die Geschäftsjahr 1928/29 wegen der bekannten Umstände entzogen worden sei.

\* Der aus mehreren Länderminister bestehende Sparauschuß des Reiches ist zum 2. Februar von dem Vorsitzenden, Reichsfinanzminister Dr. Brüder, nach Berlin einberufen worden.

\* Der litauische Ministerpräsident Wolodemas ist in Berlin eingetroffen, wo die deutsch-litauischen Verhandlungen ihren Anfang nahmen.

In Paris fürzte ein Brandstiftungsplan ein, wobei ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden.

## Irrungen und Wirrungen.

Nachträge zur rheinischen Separatisterei.

Das war eine Sensation im Kölner Limbourg-Prozess! Der Kläger, der sich durch den Vorwurf, die separatistischen Pläne eines Dr. Dorian und seiner Genossen unterläßt zu haben, schwer beleidigt fühlte, hat seine Klage gegen einen Kölner Redakteur zurückgezogen. Und sein Bruder, der geschworen hatte, daß er niemals mit Dr. Dorian etwas zu tun gehabt habe, wird im Gerichtsfall vom Fied weg wegen Meinungsdelict verhaftet, weil zwei Briefe gerade das Gegenteil beweisen.

Dr. Limbourg, der Kläger, und sein Bruder sind im Rheinland sehr bekannte Persönlichkeiten; der ältere ist sogar Provinziallandtagsvertreter. Und nun dieser Prozeß, der ohne Urteilsschlichtung verlief, aber trotzdem ein vernichtendes Urteil fällt. Zeuge um Zeuge waren aufmarschiert, darunter auch solche, die einst in der Separatistenbewegung eine sehr große Rolle gespielt hatten. Darunter der einflussreiche Finanzminister der Rheinlandregierung, Dr. Viebing, den der Volkssinn schon 1920 „Dr. Scheibing“ nannte. Vernichtend für den Kläger war das Zeugnis aller: enge Verbindung mit dem Separatismus selbst, landesverräterischer Form wurde ihm nachgewiesen. Der Versuch davon hartete ihm ja schon längst an und deswegen hatten sich alle großen Parteien des Rheinischen Provinziallandtages geweigert, ihn als Fraktionsgenossen aufzunehmen.

Er war Geldgeber für Dorian, stand sehr weit vorn in dieser hauptsächlich durch französische Geld angelegten Bewegung. Strafe dafür kann ihn nicht mehr treffen, weil 1924 das Vonnener Abkommen den Mantel der Unantastbarkeit über alle politischen Taten breitet, bis zum dem Separatismus in Verbindung stehen. Nichts desto trotz aber auch er, wie viele andere Freigeistliche, nicht daran, daß Doriens letztes Ziel die Abtrennung der Rheinlande von Deutschland war. Aber schon die Erziehung der Rheinlandautonomie im Rahmen Deutschlands, die Erzeugung eines solchen „Rheinlandstaates“ war Landesverrat. Welches jüngste die Franzosen. Und das mußte genügen, um das Ziel dieser Bewegung, himmelweit verschieden von den Bestrebungen deutscher Behörden, 1923 durch Verhandlungen mit den französischen Gewaltbehörden das schwere Geschick des Rheinlandes zu mildern. Ausdrücklich erklärte der Duisburger Hochgerichtsrat Dr. Fries, daß dabei nie von Politik die Rede war oder gar von Autonomieplänen; wien doch die Parteien übereingekommen, daß an der staatsrechtlichen Lage des Rheinlandes nichts geändert werden sollte, solange ein Franzose am Rhein steht. Und das Gericht erklärte ebenso ausdrücklich, daß die Verhandlungen, die damals prominente deutsche Persönlichkeiten mit französischen Stellen geführt haben, nur den Zweck hatten, die Rheinlande vor der Verfallung zu retten. Und das Ziel dieser Verhandlungen, die in der Folgezeit bezeichnet werden könnten; diese Männer hätten vielmehr im höchsten Sinne vaterländisch gehandelt.

Fünfzig Jahre sind seitdem vergangen und die Trennungen und Wirrungen von damals haben erfreulicherweise klarere Beurteilung wohl genährt. Wenn jetzt der Versuch emporkommt, so ist zur Geschichte geworden, das damals wüßter, verhängnisvoller, blutbringender Raubkampf war. Man wollte ja eine „Vollstimmung“ darüber erzwingen, ob das Rheinland bei Deutschland verbleiben sollte oder nicht eine Abstimmung unter den französischen „Wahlgenossen“. Wie verhängnisvoll der sich geht, hat man ja bei der Vollstimmung in Eupen-Malmédy erlebt. Und Dr. Limbourg soll, wie ein Zeuge eilich ausfragte, den Dr. Dorian schon 1919 auf diesen Weg gedrängt haben; sein Bruder propagierte ganz offen die Rheinische Republik mit Anschluß an Frankreich.

Vieles blieb dunkel und wird dunkel bleiben; vielleicht ist es ganz auf so. Wandler verlor anachetis der

nurdtbaren Katastrophe 1918, der Begehung, der inneren Wirren drüben im unbesetzten Gebiet den Kopf zu schütten und tat manches, was er später bereute. Aber schon 1923 war es ganz anders, weil man wußte, worauf es den Franzosen und ihren rheinischen Gefolgsleuten ankam; die Zwischenzeit hatte dafür gesorgt, daß Klarheit wurde. Ungerächt mußte das Blut derer bleiben, die sich damals für ein beidseitiges Rheinland einsetzten gegen Separatismus und französisch-französischen Unterwerfung. Jähren und Jähren wurde das alles verdrängt. Dr. Dorian und andere sind gestorben, dürfen sich nach Deutschland zurückziehen; sie und die andern Schuldigen aber trifft nicht nur das ungeliebte, aber doch so deutliche Urteil des Kölner Gerichts — sie trifft das Urteil der Geschichte.

## Den Landwirten Realkredite.

Abbedung der drückenden Verschuldung.

Am Dienstag war im Haushaltsausschuß des Reichstages durch den Reichsernährungsminister Schiele die Erklärung abgegeben worden, daß die Reichsregierung bereit sei, die Erlangung und Ausgabe von Realkrediten durch öffentliche Stellen zur Umwidmung der Landwirtschaft zu unterstützen. Bis diese Gelder flüssig gemacht werden könnten, werde die Reichsregierung im Rahmen des Möglichen die Landwirtschaft durch Ermäßigung und Stundung von Steuern beschützen. Während ging die Debatte über die dringende Frage im Ausschuß weiter, wobei es mehrfach zu hartem Auseinandergehen der Meinungen kam. Reichsernährungsminister Schiele teilte mit, daß die Beratungen des Kabinetts über die Realkreditmaßnahmen noch nicht beendet seien. Das wichtigste für die Personal- und schwebenden Schulden von drei bis vier Milliarden so weit wie irgend möglich in Realkredit umzuwandeln. Das soll durch Zinsfreibriefe angebahnt werden. Die festliegenden Kredite der Landwirtschaft sollten flüssig gemacht werden, um möglichst schnell für Betriebsmittel Kredite frei zu machen durch Umwandlung von Krediten in zweie Hypotheken. Mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht sei Prüfung aufgenommen worden. Für eine Ausnahmestellung wurden nachdrücklich die Provinzen der Garantie zu übernehmen haben. Zur Gefrierfleischfrage führte der Reichsernährungsminister aus, daß die Mißstände im System, namentlich bei den Kontrollmaßnahmen lägen. Diese aber seien Sache der Gemeinden. 16 Firmen sei bereits die Genehmigung zum Export-Gefrierfleischexport entzogen worden.

In der vor und nach der Ministerversammlung sich abspielenden Aussprache trat besonders entschieden der Abg. Lind (Bayer. Bauernbund) auf. Er beklagte die Langsamkeit der Hofflandmaßnahmen für die Landwirtschaft. Kredite seien gewiß ganz schön, aber sie müßten zu erschwinglichen Zinsen gegeben werden. Trotz großer Einschränkungen erleihe gerade der Landwirt bei der gegenwärtigen Preislage die größten Verluste, der intensiven wirtschaftliche. Welche nicht bald etwas, so könne es zu den unangenehmsten Erscheinungen kommen. Der deutsche nationale Abg. Jander behandelte ausführlich die Intenivierung der Betriebe, die die Landwirtschaft durchgeführt habe. Das habe nichts genützt. Die Preise seien gedrückt worden, man habe die neuen Handelsverträge auf Kosten der Landwirtschaft gemacht. Der Abgeordnete sagte weiter, daß die Lage so verzweifelt sei, daß ein Punkt in das Unvermögen genügen würde, eine Explosion hervorzuverursachen. Gegen Erhöhung der Zölle sprach der sozialdemokratische Abg. Schmidt-Berlin.

Abg. Dr. Schiering (Soj.) wendet sich gegen die mehr oder minder verheerenden Drohungen, die gewissermaßen das Recht auf Revolution proklamieren. Durch solche Drohungen ließen seine Freunde sich nicht schrecken. Er bitte aber den Minister, dazu Stellung zu nehmen. Er leugne nicht die Not der Landwirte, wende sich aber gegen die Verallgemeinerung auf alle Landwirte.

Abg. Dr. Schiering (Soj.) warnte gleichfalls die Landwirte vor Überreizungen und vor denen vor Drohungen mit Streikemonstrationen, Sturm auf die Finanzämter und ähnlichem. Ein Teil der Beschwerden habe sich im übrigen nicht gegen das Reich zu richten; viele der notwendigen Maßnahmen seien Landesache. Bayer habe übrigens die geringste Grundsteuer und doch habe der Ausschuß gerade aus Bayern eine so schwere Klage hören müssen.

Nach weiterer Diskussion für und gegen, wobei kein Redner landwirtschaftliche Hoffände in Zweifel zog, wurde die allgemeine Aussprache beendet und die Einzelberatung vertagt.

## Forderungen des Brandenburgischen Landbundes

In einer Vertreterversammlung des Brandenburgischen Landbundes in Berlin am Mittwoch, die hart besetzt war und auf der es zu sehr lebhaften Aussprachen kam, wurde eine Resolution gefaßt, in der 1. den märkischen Landwirten empfohlen wird, ihre Betriebe einzufrieren und die Erzeugung auf das Maß herabzusetzen, das der heimische Markt noch aufzunehmen imstande ist; 2. die Zahlung von Steuern, Sozialabgaben und sonstigen öffentlichen Lasten, die bisher aus der Erzeugung bestritten wurden, zu vermindern; 3. die Ausgaben auf das Minimum herabzusetzen und selbst Reparaturen nur soweit vornehmen zu lassen, wie sie unerlässlich sind, um den Verfall der Wirtschaft zu verhindern.

Ferner protestiert die Entschließung gegen die jaghafte Sprache, welche bisher die Zeitung des Reichslandbundes gegenüber den Regierungskreisen angeklungen habe. Aus den Kreisen der Reichslandwirte wurde die mit Beifall aufgenommene Anregung gestellt, falls die Regierung nicht bis zum 20. Februar in befriedigender Weise auf die vorgelegten Forderungen der Landwirtschaft geantwortet habe, Anfang März riefige Demonstrationen in Berlin zu veranstalten, um der Regierung den Augen zu führen, daß die Landwirte die bisherige Behandlung nicht länger zu ertragen gewillt sind. Bemerkenswert war eine Mitteilung der Vertreter von Angermünde, daß dort mehrere Bauernversammlungen in den letzten Tagen bereits beschlossen haben, die Zahlungen einzustellen.

## Die deutsch-litauischen Verhandlungen.

Wolodemas in Berlin.

Der litauische Ministerpräsident Wolodemas ist in Berlin eingetroffen, wo die deutsch-litauischen Verhandlungen bereits ihren Anfang genommen haben. Am Freitag wird Wolodemas vom Reichsbotschaften empfangen werden. Zu Ehren des Gastes sind mehrere Diners, u. a. auch der Reichsaussenminister Dr. Stresemann, vorgezeichnet.

Kriegs des Memelländischen Landtages. Der Memelländische Landtag nahm gegen die Stimmen der Groß-Bauer und der Kommunisten eine Protestklärung gegen die Willkürpolitik des litauischen Gouverneurs gegenüber dem Memelland an. Die Veröffentlichung der Erklärung wird überhaupt der Verhandlung über diesen Gegenstand wurde der memelländischen Presse durch die Zensur unterzogen.

## Reformen bei der Reichspost.

Ein Vortrag des Staatssekretärs Sauter. Der Staatssekretär Sauter vom Reichspostministerium hielt einen beachtenswerten Vortrag über die Reformen bei der Deutschen Reichspost. Er wies auf die Erweiterung der Verkehrsleistungen und die Zunahme des Verkehrs gegenüber der Vorkriegszeit hin und legte dar, daß die Zahl der beförderten Postsendungen im Jahre 1918 8,2 Milliarden betragen habe, 1926 aber 9,7 Milliarden. Die Zahl der beförderten Briefen sei von sechs Millionen im Jahre 1913 auf 36 Millionen im Jahre 1926 gestiegen, und zwar infolge der Ausdehnung des Postverkehrs auf dem Lande, der, wie die gesamte ländliche Postbesetzung, noch vergrößert werden soll. Eine große Steigerung weist auch der Geld- und der Postschleppverkehr auf. Trotz allem sei der Personalstand in Verwaltung und Betrieb der gleiche geblieben, da auch bei der Reichspost die Rationalisierung bedeutende Fortschritte gemacht habe.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen beschäftigte sich Staatssekretär Sauter mit den wirtschaftlichen Aufgaben der Reichspost. Er teilte mit, daß man sich mit dem Plane trage, Postkastenstellen auf dem flachen Lande und in kleineren Städten aus Geschäftsbetrieben zu übertragen. Es sei ferner an eine Erweiterung der Schalterstunden der Post wie an eine Verbesserung der Zustellung gedacht.

Der Staatssekretär berichtete dann über die Finanzwirtschaft der Post, deren Jahreserinnahmen rund 2100 Millionen betragen. Davon entfielen auf Betriebskosten für Personal rund 1300 und auf Sachkosten 700 Millionen; die restlichen 100 Millionen würden an das Reich abgeführt. Zum Schluß seines Vortrages erklärte der Vortragende, daß an eine Erhöhung der Tarife unter keinen Umständen gedacht würde.

# Um die Kosten des Schulgesetzes.

Erläuterungen des Reichsfinanzministers. Bei der fortgesetzten Debatte im Bildungsausschuß des Reichstages wies Reichsfinanzminister Dr. Köhler darauf hin, daß die Dienstverpflichtungen des Reichsinnenministeriums eine Vermögensaufwertung des Gesamtbudgets gewesen sei, das sich durchaus einmündig auf den veränderten Standpunkt gestellt habe. Bei dieser Vermögensbildung des Kabinetts habe sich selbstverständlich auch der Reichsfinanzminister mitgewirkt.

Die Neuregelung der finanziellen Verhältnisse zwischen Reich und Ländern sei in Blick. Bei dieser Neuregelung, die den Landesausgleich in sich schloße, werde man in den Jahren nach Einführung des Reichshaushaltsgesetzes und wenn die finanziellen Auswirkungen des Willens der Erziehungsbevollmächtigten tatsächlich zu übersehen seien, selbstverständlich auf diese neuen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen haben.

# Einberufung des Reichsparauschusses.

Zum 2. Februar.

Der Pausauschuß, der die Maßnahmen zur Sicherstellung parlamentarischer Finanzverwaltung im Reich, Ländern und Gemeinden prüfen soll, ist von seinem Vorsitzenden, dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler, zusammenberufen worden. Dem Ausschuß, der am 2. Februar in Berlin zusammentritt, gehören neben Dr. Köhler der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Vidoff, der bairische Finanzminister Dr. Schmidt und der thüringische Finanzminister Tölle sowie der Präses der Hamburgischen Finanzdeputation an.

# Deutsch-amerikanischer Austausch.

Deutscher Vorkämpfer v. Wittich in Amerika.

Beim Eintreffen des Sapanadampfers „Albert Wallin“ mit dem neuen deutschen Vorkämpfer v. Wittich und dessen Frau an Bord in New York wurde der Vorkämpfer von der Presse, vom deutschen Geschäftsträger Dr. Niep, dem Vorkämpfer selbst zu Wittich, dem Konsul Dr. Heuter als Vertreter der in Washington weilenden General-Konsuln Dr. v. Lewinski u. a. begrüßt. Herr v. Wittich verleierte politische Ansichten: er überleg aber der Presse eine schriftliche Erklärung, in der er betonte, daß die freie Mietsprache zwischen Deutschen und anderen Völkern nicht der beste Weg sei, um die betreffenden Länder näher zusammenzubringen. Er freue sich, daß er Gelegenheit habe, zunächst gegenüber der amerikanischen Presse der großen Genugtuung und Dankbarkeit Ausdruck geben zu können, daß er Vorkämpfer in Washington geworden sei. Zeit seines letzten Aufenthaltes in Amerika erlernte er bereits bei der Ankunft in Newport an der Westküste, welchen Aufschwung Amerika genommen habe. Sein Ziel werde sein, Amerikas Fortschritt seinem eigenen Lande und Völkern verständlich zu machen, während er gleichzeitig die Anschauungen und Bestrebungen seines eigenen Landes in Amerika vertritt. Der Vorkämpfer reiste alsbald nach Washington weiter.

# Deutscher Reichstag.

(366. Sitzung.)

OB. Berlin, 24. Januar.

Die erste Beratung des Reichshaushaltplanes für 1928 wurde fortgesetzt. **Abg. Koch-Weser (Dem.)** erklärte, die Reichsüberlassung habe in den vergangenen Jahren eine außerordentliche Ermöglichung der Deutschland durch die schweren inneren und äußeren Gefahren hindurchgebracht habe. Die Verfassung hätte alle Wege zum Einheitsstaat frei gemacht. Man müsse nur die verfassungsmäßigen Rechte gebrauchen. Zum Einheitsstaat käme man auf jeden Fall.

**Reichswehrminister Gröner** erklärte, die Reichsregierung werde sich bis zur Beratung des Budgets darüber schlüssig werden, ob eine Verfassungsänderung des Unterdrückungsartikels des Sparplanartikels über die Wehrangelegenheit stattfinden wird oder nicht.

**Abg. Torgler (Komm.)** wandte sich gegen die Ausführungen der Einheitskommunisten Frau Goshke, die den Kommunisten vorgeworfen habe, sie wollten sich annehmen. **Abg. Mentel (Ein.)** trat für den gewerblichen Mittelstand ein. Damit schloß die erste Beratung des Etats, der formell noch einmal an den Haushaltsausschuß überwiesen wurde. Der kommunistische Antrag auf sofortige Veröffentlichung des Untersuchungsergebnisses in Sachen Höbbs wurde im Gesamtsitzung mit 173 Stimmen gegen 141 Stimmen abgelehnt. Das Haus fuhr dann fort in der Versammlung über den Bericht des Ausschusses für die Rubensfinanzierung.

**Abg. Rosenbaum (Komm.)** erklärte, die Satzung der Reichsregierung zeige, daß sie zu der Unterstützung der Massen auch noch Hohn und Spott hinzunähre. **Ministerialdirektor Dorn** vom Reichsfinanzministerium beantwortete die kommunistische Interpretation mit dem Hinweis, daß der Reichstag im April vorigen Jahres auf Grund der Feststellung des Untersuchungsausschusses einen Betrag von 50 Millionen zur Verflüssigung der Forderungen der Gemeinden der mittleren und kleineren Betriebe in Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft sowie für die Angestellten und Arbeiter im besetzten und geräumten Gebiete bewilligt hat. Nach weiterer Aussprache schloß die Debatte.

Reichsfinanzminister Tölle erklärte, der parlamentarische Antrag, der die für die Aufrechterhaltung verantwortlichen Minister vor den Staatsgerichtshof stellen will, könne nicht zur Abstimmung kommen, weil er nicht in die in einem solchen Falle erforderlichen 100 Unterschriften habe. Der sozialistische Antrag, der die Einziehung der Abrechnungen und ihre Verteilung an die geschädigten Gewerbetreibenden und Arbeitnehmer verlangt, wird in namentlicher Abstimmung mit 193 gegen 173 Stimmen abgelehnt. **Ministerpräsident** begann die zweite Beratung des Etats mit dem Etat des Reichsfinanzministeriums. Nach dem Ausspruchbericht wurde die Sitzung vertagt.

(367. Sitzung.)

OB. Berlin, 25. Januar.

Die Fortsetzung der Reichsregierung über die Staatsbauten und die Fortschritt über die Lage der Unterwerfer wurden dem Haushaltsausschuß überwiesen. Das Haus setzte dann die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums fort. Verbunden damit ist u. a. auch der Antrag, wonach Geschäftsleute nicht einflußbar sein sollen.

**Reichsjustizminister Herrt** leitete die Aussprache mit einer Betrachtung über die gesetzgeberischen Arbeiten seines Ministeriums ein. In einer Broschüre, so meinte er dann, sei Nationalrat der Gesetzgebung verlangt und die Anregung gegeben worden, das Justizministerium müsse gewissermaßen als Kontrollinstanz der Kontrollfunktion absehen. Wenn er auch eine solche Kontrollfunktion abgeben würde, so habe das Reichsjustizministerium doch die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt würden, und daß nur das wirklich Gerechte und bringend Notwendige an gesetzgeberischen Arbeit geleistet wird. Schon jetzt sei beinahe etwas

zweifel des Guten an Gesetzen geleistet worden und der Rechtsausschuß sei mit der Bearbeitung der verschiedenen Vorlagen geradezu überlastet. Das Verhältnis des Reiches zu den Ländern erfordere noch viel Arbeit zur Verbesserung eines vereinfachten Zusammenarbeitens beider Teile. Die Länderkonferenz habe in dieser Beziehung sehr fruchtbare Ergebnisse geliefert. Der Entwurf über den Strafbolstag sei schon die Frucht dieses freimütigen sachlichen Zusammenarbeitens. Wenn man die Rechtsangleichung mit Eiferrecht erstrebe, so sollte man auch die Rechtsangleichung im Reiche

mit den Ländern fördern. Das wäre besonders notwendig in den Fragen der Ausübung der Justiz, der Freizügigkeit der Anwälte und der Schutzrechtsangelegenheiten. Die Reichsjustizminister habe außerordentlich befriedigende Erfolge erzielt. Er hoffe, daß die politischen Verhältnisse nicht die bisher geleistete Arbeit nutzlos machen. Er wünsche, daß die Rechtsangleichung sich nicht auf den Strafbolstag beschränke, sondern sich weiter ausdehne auf andere Gebiete, in schließlich auf das allgemeine bürgerliche Recht. Wenn unter

# Vertrauensfrage der Justiz.

so fuhr der Minister fort, verstanden werde, daß die Mehrheit des Volkes kein Vertrauen zu den Richtern habe, so müßte er die Erfinden einer solchen Krise glatt bestreiten. Das bedeutet nicht die Ablehnung mancher Verordnungen und Verfügungen, die in Widerspruch selbst am härtesten gerügt werden. Man habe sich bei der Abgabe über die sogenannte Vertrauensfrage ausgesprochen. Seit Wochen habe er einmal rüber. Deutschland habe jetzt geradezu eine politische Krise von unten, nicht mehr von oben. Die Einführung der öffentlichen Meinung auf das professionelle Verfahren habe einen Grad erreicht, der nicht mehr erträglich sei. Die öffentliche Meinung müsse sich mit der Nachprüfung befähigen, aber das dürfe nicht in der Form geschehen, wie es in der letzten Zeit immer mehr beobachtet werden konnte. Man trägt so die Politik in das Verfahren hinein. So entstehen wieder der Eindruck, daß man einschüchtern und drohen wolle. Er halte es nicht für seine Aufgabe, dem Oberstaatsanwalt Zweifel anzuweisen zu geben. Die Statistik ergebe, daß im Reich und auch in Preußen die Zahl der Strafbolstage wegen Hoch- und Landverbrechen in den letzten Jahren ganz außerordentlich stark zurückgegangen sei.

**Abg. Landsberg (Soz.)** begrüßte die Abänderung einer weiteren Angleichung des Rechtes mit Eiferrecht. Vor allem sollte den Bürgern Österreichs das Bürgerrecht in allen deutschen Ländern gewährt werden unter der Voraussetzung der Gegenfähigkeit. Es sei die Ehre der Richter, daß die peinliche Aussprache über die Krise der Justiz nicht verkommen kann. **Der Minister** wandte sich gegen die Einleitung des Strafbolstages gegen Glaf. Dieser habe mit dem Planen zweifelsfrei den Hochverrat vorbereitet, Hugenberg zum Diktator und den General von Mühl zum Kreisamtsleiter zu machen. **Abg. General** hätten den Reichspräsidenten in einer Petition beschworen, die Pläne des Herrn Glaf zu fördern, aber der Reichspräsident hätte diese Zustimmung glatt zurückgewiesen. **Der Abg. Landsberg** er bezeichne es geradezu als Provokation der Justiz, daß der Hochvertragsparagraf gegen rechts praktisch aufgehoben sei.

# Reichsjustizminister Herrt

erklärte, er könne unmöglich sich zu allen Einzelheiten äußern, die von dem Parlamenten vorgebracht würden. Die Beschlagnahme der kommunistischen Studier in Hannover sei von Oberpräsidenten bloß verfügt worden, weil das Wort damals zu Gewalttätigkeiten aufgefordert habe. Es sei dann weiter klariert worden, daß gegen den Sachleimführer der Bewegung eine nicht zu übersehende Gefahr für den Oberleutnant Dillberg in den Mund gelegten Sätze seien in seiner im Organ des Stahlbundes wiedergegebenen Rede überaus nicht enthalten. Danach habe Dillberg lediglich gegen den Stahlbundesführer eine Petition an die Reichsjustiz. Das sei der Hochverrat Dillbergs gewesen. **Der Minister** wiederholte links: Zurück! Stahlbundesführer Herrt.

# Dollische Rundschau Deutsches Reich.

**Neue Grundlagen für Ehecheidungen.** Der vom Reichsausschuß des Reichstages zur Beratung der Ehecheidungsreform eingeklagte Unterausschuß kam zu einer Einigung über die Grundlage der künftigen Ehecheidungsbestimmungen. Danach soll künftig ein Ehegatte auf Scheidung klagen können, wenn aus einem anderen Grunde als den bisherigen Ehecheidungsgründen eine tiefere Erschütterung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, wenn ferner eine dem Beler der Ehe entsprechende Fortsetzung der Lebensgemeinschaft nicht mehr erwartet werden kann und wenn schließlich infolge Zerrüttung die Lebensgemeinschaft der Ehe seit mindestens einem Jahre vor Erhebung der Klage nicht mehr besteht. Ferner soll auf Scheidung geklagt werden können, wenn die Ehegatten mindestens fünf Jahre voneinander geteilt haben, ohne daß bösartigen Verlassen vorliegt.

**Sächsisch-thüringischer Gebietsaustausch.** In Beginn der Beratung des Gesetzesentwurfs über den sächsisch-thüringischen Gebietsaustausch erklärte Ministerpräsident Seibt im Sächsischen Landtag, daß durch den Gebietsaustausch den Verfassungen zu Verwaltungsreform und Verwaltungsangleichung der Länder untereinander zu kommen, zum ersten Male praktisch Rechnung getragen werde. Die Aufgabe, daß die Gebietsaustauschverhandlungen zwischen den beiden Ländern zu dem Erfolg geführt haben, lasse er hoffen, daß es gelingen werde, auch gegebenenfalls auch noch auf anderen Gebieten eine Vereinigung der öffentlichen Verwaltung oder eine weitere Angleichung der Verordnungen beider Länder herbeizuführen.

**Anleihe für Mecklenburg-Schwerin notwendig.** Vor dem Mecklenburg-Schwerinischen Landtag legte die Regierung die Finanzlage des Landes dar. Danach

werde am Ende des Rechnungsjahres der Schuldenstand nur gering sein. Zur 1928 sei jedoch ein Schuldenbetrag zu erwarten, so daß eine Anleihe nicht zu umgehen sein werde. Die Reichsparteien beantragten, daß statt der beantragten Grundsteuererhöhung um eine Million Reichsmark die Mehrertrag angegriffen würden. Der Antrag wurde abgelehnt, dann aber ebenfalls durch die Rechte und die Kommunisten eine Regierungsbürgschaft zur Erhöhung der Grundsteuer. Die Anleihe von Landwirten aus dem Amt Waren und Umgehend erklärten dem Finanzminister, nicht mehr in der Lage zu sein, ihre Landessteuer zu zahlen.

# Unterhändler im badischen Staatshaushalt.

Der vom Finanzminister dem Badischen Landtag vorgelegte Haushaltsplan für 1928 und 1929 weist auf an ordentlichen Ausgaben 281,2 Millionen, an ordentlichen Einnahmen 275,8 Millionen jährlich, an außerordentlichen Ausgaben für beide Jahre 39,6 Millionen, an außerordentlichen Einnahmen für beide Jahre 26,1 Millionen Mark. Ingesamt hat sich ein Schuldenbetrag für 1928 und 1929 in Höhe von 24,3 Millionen Mark ergeben. Der Minister bemerkte, daß der Etat im Zeichen der Vermehrung des Personals und der Verminderung der Ausgaben liege.

# Aus In- und Ausland.

**Berlin.** Die Marineleitung hat gegen das Berliner Tageblatt, das im Zusammenhang mit den Aletel Wankonschreibungen gegen einige Offiziere Anschuldigungen erhoben hatte, Entschuldigung geäußert.

**Neurecht.** Für die Neuwahlen zum Landtag sind dreizehn Wahlkreise des Landes Stargard und zehn des Landes Rügen eingeteilt worden. Eine Stimmverteilung bleiben die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Reichspartei; der Bund der Reichspartei mit den Kommunisten, alle übrigen Parteien mit den Reichsparteianalisten.

**Berlin.** Der Preussische Staatsrat trat zu einem neuen Sitzungssitzung zusammen. Er stimmte dem Einleitungsbericht über die Verwaltung von Ministerialrat Dr. v. Hildebrandt zu, ferner dem Gesetzentwurf, der die Verbesserung der Post für den unteren oder sieben Millionen betraf.

**Berlin.** Im Verlauf der Beratung des Gemeindefinanzgesetzes des Preussischen Landtages wurde der § 1 der Einmündigungsbestimmung, der die Vereinigung der Landkreise, Kreise und Stützorten in einem Landkreis vorsehen soll, gestrichen.

**Weimar.** Der Landtag von Thüringen trat zum erstenmal nach der Wahlperiode zu einer kurzen Sitzungperiode zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende der Fraktion des Landvolkes, Abg. Baum, eine Erklärung ab, die auf die Fortwähren in der Landwirtschaft hinwies.

**Paris.** Ministerpräsident Poincaré und Innenminister Sarraut haben durch den Präsidenten der Republik das Dekret über die Auflösung der Abgeordneten der Legislatur unterzeichnet lassen. Die Auflösung erfolgt, weil angeblich in der Stabilverwaltung noch Anhänger der kaiserlichen Autonomiebewegung vertrieben sein sollen.

# Schiffstaschensache bei Teneriffa?

Ein 7000-Tonnen-Dampfer gesunken.

Nach Pariser Meldungen ist der belgische Passagierdampfer „Glenloch“ nach Teneriffa gesunken. Der Dampfer war von Teneriffa (Kapverdische Inseln, vor der Nordwestküste Afrikas) gesunken. Die „Glenloch“ gehörte der Compagnie Belge Maritime du Congo in Antwerpen. Der 1910 erbaute, 7000 Tonne große Zweifelschraubendampfer befand sich auf dem Wege von der Kongomündung nach Antwerpen. Er hatte über 200 Passagiere an Bord, meistens belgische Soldaten und Kolonialisten. Die Schiffstaschensache widerpricht dieser Meldung und erklärt die Pariser Nachricht als falsch.

Die Stürme auf dem Atlantik und auf der Nordsee lassen einen Schiffsuntergang als möglich erscheinen. Fischerboote können nicht auslaufen. Der Schiffverkehr erleidet große Verpätungen. Der schottische Dampfer „Sodale“ ist in der Bucht von Galloway gestrandet. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Der Kapitän eines französischen Schiffes erklärte, daß er bei Neufundland in einen furchtbaren Schneesturm geraten sei. Ein große Passagierdampfer sind durch den Sturm in Mitteldeutsche gezogen worden, darunter die „Walden“, „Berlin“ und „Samburg“, die sich auf der Fahrt in die Heimat befinden.

# Unwetter über England.

England ist von neuen schweren Stürmen, die eine Geschwindigkeit von 100 Stundenkilometern erreichten, heimgesucht worden, die überall zerstörerisch zu Werke angeht haben. Die Küste führen wieder der Schwallen. Bäume wurden entwurzelt und Dächer abgedeckt. Telefon- und Telegraphenleitungen waren zeitweise unterbrochen.

In London wurde ein 74 Jahre alter Mann, der einen Regensturm trug, wie mit einem Ballon in die Höhe gehoben und gegen eine Hauswand geschleudert. Er war sofort tot.

# Schweres Baunglück in Kasel.

Ein Warenhausneubau eingestürzt. Der große Neubau, den die Rudolf Raschold A.G. auf dem Gelände der von ihr übernommenen Waidrandfabrik in Kasel errichten ließ, stürzte am Donnerstagabend in Kasel ein. Bis her wurden ein Vater und drei Schwerverletzte gemeldet. Außerdem wird zurzeit noch ein Arbeiter vermisst.

Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß das prätorische Dach des Neubaus infolge des starken Regens Kasel brach, wodurch ein großer Teil der Waidrandfabrik zerstört wurde. Als ein Arbeiter auf dem Dach des Daches bestanden wollte, fand er beim Herunterfallen, daß eine der sechs Betonpfeiler, die den ganzen Bau tragen, gesplittert war. Er rief den Arbeitern zu:

„Sofort alles aus dem Bau heraus, das Haus fällt ein!“

Raum hatten die meisten Arbeiter den Bauplatz verlassen, als schon das ganze Gebäude zusammenbrach. Das Mauerwerk und das ganze Golschlagwerk fielen auf die Straße hinab.



## Oberförsterei Annaburg.

Ruhholzwverkauf am Donnerstag, 9. Febr. 1928, vorm. 10 1/2 Uhr im Waldschlößchen:  
Kahlhölzlag Jagen 17, 35, 45, 152 und Durchforstungen Jagen 91, 92, 136, 142, 143, 151, 152. Größe: 62 Stück Kl. A/G = 24 fm. Erl: 17 Stück Kl. 1/2 = 14 fm. Liefer: 3638 Stück Kl. 1b/5 = 1787 fm. Aufmaßlisten und Losverzeichnis durch Forstsekretär Duste, Annaburg.

Unverheirateten  
**Anspanner**  
sucht Gertrudshof.

Gebrauchtes  
**Klavier**  
zu kaufen gesucht. Angebote an die Exped. d. Bl.

Leibliches, eheliches  
**Mädchen**,  
nicht unter 18 Jahren zum 1. Februar nach Wittensberg gesucht.

Hau M. David,  
Wittensberg, Markt Nr. 15.

Die Beleuchtung, die ich über den Brandstiftung ausgeproben habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre sie als unwahr.  
Wilhelm Theilemann  
Haudorf.

**Achtung!**  
Großbrütere  
**Jessen (Ester)**  
beginnt die Lohndruck am 5. Februar. Eintagslilien liefern ab 1. März. Vorbereitungen erbeten.  
R. Seidel.

Trockenes  
**Brennholz**  
in Denslängen  
fuhrenweise frei Haus  
liefert billigst  
Wilh. Kunze.

**Frischmehl**  
wieder frisch eingetroffen bei  
J. G. Frischke.  
Frachtbrieft  
empfehlen die Buchdruckerei

## Weisse Woche

vom 28. Januar bis 6. Februar

Eine selten günstige Kaufgelegenheit zur Deckung des Bedarfs in Weißwaren bietet Ihnen diese seit Wochen auf das sorgfältigste vorbereitete Verkaufsvoranstaltung

**C. G. Holzhausen, Wittensberg**

## Die Patentsicherung ist

da sie immer für Erfolg sorgt,  
**immer betriebsfertig**,  
da das Ausweichen einer ausgebrannten Sicherung hinderlich ist,  
♦ **praktisch**, ♦  
da ihr Preis unter Berücksichtigung ihrer Vorzüge ein niedriger ist,  
**billig und sparsam!**  
Kostlose Vorführung jederzeit und unverbindlich.  
Nur zu haben bei:  
**Wilhelm Iisitz**  
Schlosserei und Installation  
Telephon 223 Annaburg Holzdorferstr. 17  
Sämtliche Beleuchtungs-Artikel für Gas und Elektrisch.

## Sämtliche Bau-Artikel:

Eiserne Träger und Säulen, letztere auch nach Maßgabe in allen Stärken werden sofort angefertigt.  
Front- und Grabgitter,  
Eiserne Fenster und Oberlichte, Türen und Torwege vom Lager und nach Maß.  
Eiserne Dachbinder, sämtl. Ofenbau-Artikel, Tonrohre.  
Eiserne Pumpen mit Rohr und Sauger, sowie komplette Wasserleitungen.  
Stallgitter für Schweineställe, Schweinetröge :: Krippenschalen.  
**Wilhelm Grahl.**

**Kaiser-Borax**  
für Toilette und Haushalt in Paketen zu 25 u. 50 Pf. zu haben bei  
J. G. Frischke.

**Eintrittsblocks Garderobenblocks**  
sind wieder vorrätig.  
Herm. Steinbeiß.

## Annaburger Lichtspielhaus

bietet uns von Freitag bis Sonntag 8 1/2 Uhr im unmittelbaren Anschluß an die Berliner Aufführung mit der größten und bestbesetzten deutschen Schauspieltruppe

**Henny Porten**  
genügende Stunden in ihrem neuen großen Erfolge

# VIOLANTHA.

Ein Hochalpen-Drama aus den Schweizer Alpen nach dem Roman „Schatten“ von E. Zahn in 6 Akten.

Neben spannungsreicher Handlung geben herrliche Natur-Aufnahmen dem Ganzen einen prachtvollen Hintergrund. Szenen von großer dramatischer Wucht zeigen uns Henny Porten von neuem in ihrer großen Meisterhaftigkeit der Darstellungskunst.

**Hierzu ein gut gewählter bunter Teil.**  
NB. Beachten Sie bitte unsere Schaufenster.

## Sie wissen doch!!

Bis zum 28. Januar

# Inventur-Ausverkauf

bei  
**Carl Quehl**  
Annaburg.

Besonders billig:  
Damenmäntel  
Kindermäntel  
Damenkleider  
Kinderkleider  
Strickjacken  
Pullover

**Bester**  
Ganz bequemer billiger!!  
Beachten Sie bitte meine Schaufenster!



## Noch nie dagewesen!

Habe einen großen Posten

# Damenmäntel

in bekannt guten Qualitäten  
bis zur Hälfte des bisherigen Preises  
herabgesetzt!

Zußerdem vieles andere mehr!

# Ernst Pesdke.

**Ansichtskarten**  
neueste Aufnahmen vom Schloß usw.  
Herm. Steinbeiß, Papierhandlung.

**Fenster, Türen Möbel aller Art**  
in bekannter Güte und dabei so preiswert empfiehlt  
**Wilhelm Kunze.**

**ff. Leinöl**  
empfehlen  
Arthur Hönemann.

**Königin Luise-Bund.**  
Freitag, den 27. Januar abends 8 Uhr im „Waldfischlöcher“  
Hauptversammlung.  
Neuwahl des Vorstandes und Vortrag  
(Frau Pastor Gabelein)

**Verein selbständ. Handwerker und Gewerbetreibender Annaburg und Umgebung.**  
Am Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr findet im Gasthof „Siegestrans“ unsere  
**General-Verammlung**  
statt. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.  
Der Vorstand.

**Männer-Turn-Verein von 1881.**  
Unsere werten Gäste und Mitglieder nochmals zur gefl. Kenntnis, daß unser so beliebt geordnetes  
**Tiroler Bauernball**  
am Sonnabend, den 28. Januar, abends 8 Uhr in den Räumen des Gasthauses „Goldener Ring“ stattfindet.  
Folgende Tänze, ausgeführt von 82 Baben und Wablen unter Begleitung von 15 Saiteninstrumenten, kommen in den Tanzpausen zur Vorkündigung: 1. Hopseja zum Tanz mein Hund; 2. Seppeltanz; 3. Bauernhochzeit; 4. Tiroler — oberbayrischer Händel; 5. Dreier.  
Für sonstige, stimmungsvolle Unterhaltung, auch in Gesängen, ist Sorge getragen.  
Einzigartig ist auch die in diesem Jahre vollendete Scandeleration im Geistesstil, man wähnt sich in die Alpenwelt versetzt und kann insbesondere durch Besuch unseres Abends auf eine höchst interessante Weise nach Tirol verdrückt.  
**Festbetrag Mk. 1.—**  
Also auf Wiedersehen am Sonnabend.  
Grüß Gott!  
Der Vorstand des M.-T.-V. v. 81.  
NB. Eingang zum Saal durch die Gaststube.

**Palast-Theater**  
Freitag bis Sonntag.  
Cilly Feindt, Berlins gefeierter Kunsttänzerin zeigt sich zum ersten Male in ihrem großen Jutesaal:  
**Zirkusprinzessin!**  
9 Akte. Ein Film aus der Menge. 9 Akte.  
Das immer interessante Milieu des Circuslebens ist das Motiv der Handlung. Artistiche, Artistiche. Das Drama eines kleinen Mädchens, das unter dem Deckmantel der wohlwollenden Kunst den Widerstand eines mühen Mühen zum Ende führt.  
„Snobby als Naturforscher“.  
Die neue Zeilig-Wochenchau.  
Zu diesem interessanten Programm bei günstigen Preisen laden wir freundlichst ein.  
**Voranzeige: „Die schönsten Beine von Berlin“**  
Der letzte große Wagnis, der zur Zeit mit Riesenerfolg in Berlin und Leipzig in Uraufführung läuft.

**Restaurant zur Kleinbahn.**  
Sonnabend, den 28. Januar  
**Großer Bodbeertrubel.**  
Für 77 Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.  
**Unterhaltungs-Musik.**  
Es ladet freundlichst ein  
Wilhelm Feidant.  
Wägen gratis!

**Voranzeige!**  
Arb.-Gesang-Verein „Concordia“  
Sonnabend, den 4. Februar  
**Maskenball**  
in sämtl. Räumen des Bürgergarten.  
Prämierung der 5 schönsten und originellsten Masken.

**Gasthof Herberge**  
Sonnabend und Sonntag:  
**Großes Bodbeerfest**  
in den festlich decorierten Räumen.  
Stimmung! Humor!  
Unterhaltungsmusik.  
♦♦ Bockbiermützen gratis! ♦♦  
Hierzu empfehle die besten Speisen und Getränke, Kaffee und Pfannkuchen.  
Sonntag ab 3 Uhr nachm.  
♦ **Großes Preisstaken!** ♦  
! Treff! sämtlich. Statfonnen Treff!  
Es ladet freundlichst ein  
S. Kinowiski.

**Wer war Jesus?**  
Oeffentlicher Vortrag  
Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 Uhr im Gasthof „Zum Siegestrans“, Markt.  
Eintritt frei.  
Ref.: W. Kadte.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Selbsthilfe im Handwerk.

Von Otto S. Seidler.

Das Jahr 1928 wird von vielen Beobachtern der Wirtschaftslage als das Jahr der Entscheidung über Fort- oder Rückgang des deutschen Handwerks bezeichnet.

Es kann diese auf die veränderte Zeit- und Wirtschaftslage notwendige Entscheidung hinreichend erfolgt sein, ergibt ein Überblick über die letzten Ereignisse im Handwerksleben.

Das alte, aus dem anderen Zeitalter überkommene Handwerk hat sich in der letzten Zeit in einem außerordentlichen Maße verändert.

Die Zeit der großen Krisen hat sich im Handwerk vollzogen. Die Krise hat sich im Handwerk vollzogen. Die Krise hat sich im Handwerk vollzogen.

Angelaßt die andere Seite hat antwortend gewirkt, als Selbsthilfe des Handwerks bezeichnet werden, denn, ganz einseitig vom Standpunkt des Handwerkers aus gesehen, bedeutet dieses Verhältnis einen Fortschritt, denn der Handwerker betrautet den Großhändler als Verkäufer und nicht als dessen Verkäufer auf das engste verknüpft.

Man darf dieses Beispiel nicht ablesen, weil es vereinzelt dastehen. Es muß als Charakteristikum dafür gewertet werden, daß man sich auf die eigene Kraft besinn und sich in die Selbstverhältnisse ficht.

Der Ausbau des inneren Handwerksbetriebes hat sich jedoch ebenfalls modernisiert. Die Maschinenarbeit nimmt im Handwerk einen ständig sich steigenden Umfang an.

Die Tätigkeit des inneren Handwerksbetriebes hat sich jedoch ebenfalls modernisiert. Die Maschinenarbeit nimmt im Handwerk einen ständig sich steigenden Umfang an.

Die Tätigkeit des inneren Handwerksbetriebes hat sich jedoch ebenfalls modernisiert. Die Maschinenarbeit nimmt im Handwerk einen ständig sich steigenden Umfang an.

Die Neuerungen im Reichsmietengesetz.

Der Beschluß des Wohnungsausschusses des Reichstages über Aufhebung der Vorschriften des Reichsmietengesetzes für Wohnungen mit mehr als fünf Wohnräumen ist teilweise mitverhandelt worden.

Man darf dieses Beispiel nicht ablesen, weil es vereinzelt dastehen. Es muß als Charakteristikum dafür gewertet werden, daß man sich auf die eigene Kraft besinn und sich in die Selbstverhältnisse ficht.

Nah und Fern.

Am Bahnhofsübergang überfahren. Bei der Heimkehr von der großen Winterfahrt des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs nach Bad Münsberg wurde eines der Automobile von einem schweren Unglück betroffen.

Die älteste Frau Deutschlands gestorben. In Embsen (Kreis Lüneburg) starb Deutschlands älteste Frau, die Witwe Johanna Bräge.

Ausdehnung des mitteleuropäischen Streits.

Zessau. Der Streikparole des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind hier sämtliche eisenerzeugenden Werke gefolgt. Vor allem fällt liegen die gut beschäftigte Vomag-Magnit A.-G., die Zessauer Waggonfabrik A.-G. und die Firma Volkstift, die hauptsächlich mit dem Anstriche (Galan, Gama, Mirco) arbeitet.

Manberg. Bei einem Neubau in der Patenstraße ist ein Teil der Arbeiter durch einen Unfall verletzt worden, bei dem das Dach des anstehenden Lagerhauses einer Kohlengrubenhaltung, in dem mehrere Leute arbeiteten, durchgefallen.



Können Sie soviel Zeit? Scheinbar, sonst würden Sie sich ein Konto bei der Girokasse zulegen und bargeldlos zahlen! Girokasse der Gemeindeparkasse Annaburg

Vom Leben gehetzt

Roman von J. S. Schneider-Foerster

Urheberrechtsschutz 1926 durch Verlag Oskar Meisler, Werdau

(72. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) „Mach nach dir gefehlt, Bernhard, und gewinnt um dich, weil ich dachte, du seiest mir für immer verloren.“

„Arme Trudel! Ich konnte ja nicht wissen, wie hart meine Worte dich trafen. Ich habe auch das bereut. Alles! Alles! Aber nun lasse ich genug sein. Darf ich dich die zwei Stunden noch haben, die ich hier in München bin? Ich fahre mit dem Sechs-Uhr-Zug wieder zurück.“

„Nimm mich mit!“ sagte sie lebhaft. „Nein!“ „Es lang hat und bestimmt.“ „Bernhard!“ Sie versuchte vor ihm in die Arme zu gleiten, aber seine Arme hielten sie fest gegen sich gepreßt.

„Du bist niemals mein Heiter gewesen, Bernhard!“ „Was sonst? — Soll ich dir wiederholen, was sie alle sagten, als man dich tot im Welsper glaubte?“ Sie drückte beide Hände gegen seinen Mund. Aber er zwang sie mit Leidenschaft herab. „Ich hätte dich auf dem Gewissen“, hieß es. „Keines unterle anders. Und dann, Trude, was wollest du mit einem Mann, der alt und grau ist und nicht mehr lachen kann und nicht mehr singen und in seinen Wädeln von den fürstlichsten Träumen geplagt wird.“

„Ich will nicht lachen und nicht sprechen, wenn du es so gemohnt bist!“ versprach sie. „Ich sitze in den Nächten bis zwei Uhr wach, weil ich nicht schlafen kann.“

„Dann bleibe ich auf mit dir!“ beschloß sie. „Er fuhr mit zitternden Händen über sein ergrautes Haar.“ „— und — und —“ brachte er gepuht hervor. „— und — Bernhard?“

„Ich möchte nicht für immer so neben dir hergehen, wenn du bei mir im Hause bist!“ „Wie meinst du das?“ forschte sie. „Eine dunkle Welle Blutes troch langsam an seinen Schläfen hinauf.“ — Sie verstand. „Bernhard!“ Sie streichelte seine zuckenden Hände. „Wir machen es so: Du heiratest mich! — Nein, eschrid nicht!“

„Trudel — — —“ sagte er gepuht. „Ist es so recht?“ Sie drückte sich enger gegen ihn. „Sag ja, Bernhard!“ „Ja!“ kam es mit einem schweren Atemzug. „Dann komme ich heute gleich mit dir!“ beschloß sie. „Seule noch nicht!“ wehrte er erregt. „Noch, heute! Ich schlafe wieder in der Nordstube auf Schloß Ed bis zu unserer Trauung.“



